



AKTIONEN ZUM 1. MAI 2023

**TODESSTRAFE IM IRAN
Ethnische Minderheiten und Kinder
besonders betroffen**



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Editorial

In letzter Zeit konnte man in den Medien viel über die Proteste im Iran lesen oder hören. Man wird dabei mit unglaublichen Nachrichten überhäuft und kann mit der Betroffenheit oft nicht umgehen.

Die Bilder und Videos aus dem Iran übersteigen unsere Vorstellung von Gewalt beiweitem.

Aus diesem Grund haben wir diese Ausgabe unserer Aktionen zum ersten Mai besonders betroffenen Gruppen im Iran gewidmet.

Wir haben uns für zwei Themenbereiche entschieden: die Situation von ethnischen Minderheiten und die Anwendung von Folter und Todesstrafe an Kindern. Diese beiden Gruppen sind besonders von der grausamen Behandlung betroffen.

Natürlich wollen wir mit unserem Aktionspaket nicht nur Betroffenheit hervorrufen, sondern auch zeigen, dass man etwas unternehmen kann. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass höflich formulierte Briefe an die iranischen Behörden durchaus Wirkung gezeigt haben. Auch wenn wir nicht alle Todesurteile verhindern konnten, haben wir durch unsere Appelle oft auch die Aufhebung der Todesstrafe und auch die Freilassung von Gefangenen erreicht.

Das Ziel, die Menschenrechtssituation im Iran zu verbessern, schaffen wir aber nicht alleine. Wir brauchen Ihre Unterstützung, indem Sie Briefe in Ihrem Namen abschicken (siehe auf der letzten Seite) oder mit uns gemeinsam gegen die Menschenrechtsverletzungen protestieren.

Wir danken für Ihren Einsatz.

Das Team des Netzwerks Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte

Impressum:

Amnesty International Österreich
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
c/o Lerchenfelder Gürtel 43/4/3,
A 1160 Wien
E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at
Eigene Herstellung, April 2023

Alle Bilder: © Amnesty International
Amnesty International

TODESSTRAFE TRIFFT ZUNEHMEND ETHNISCHE MINDERHEITEN

Der Tod der jungen Kurdin Mahsa (Zhina) Amini, welche am 13. September 2022 in Polizeigewahrsam gewaltsam ums Leben gekommen ist, hat eine beispiellose Protestwelle nach sich gezogen. Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts, jeder ethnischen Gruppe protestieren seitdem unter Einsatz ihres Lebens gegen die Ermordung unschuldiger Menschen und für die Einhaltung der Menschenrechte im Iran.

Das iranische Regime reagiert darauf mit unglaublicher Härte und Brutalität, eine gnadenlose Hinrichtungsserie soll die Menschen einschüchtern. Recherchen von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen zeigen, dass die Behörden allein im Januar und Februar dieses Jahres mindestens 94 Menschen hingerichtet und grausame sexuelle Gewalt und andere Foltermethoden angewandt haben. Die Zahl der Hinrichtungen ist im Vergleich zum Vorjahr somit deutlich angestiegen.

Aber die iranischen Behörden führen Hinrichtungen nicht nur in einem erschreckenden Ausmaß durch – sie zielen damit vermehrt absichtlich auf ethnische Minderheiten. Seit Anfang des Jahres wurden mindestens 14 Kurden, 13 Belutschen und ein Mitglied der Minderheit der Ahwazi nach grob unfairen Verfahren hingerichtet. Mindestens ein Dutzend weitere Personen wurden zum Tode verurteilt.

So zum Beispiel Hassan Abyat, ein Angehöriger der Ahwazi: er wurde am 20. Februar im Gefängnis von Sepidar in der Provinz Khuzestan hingerichtet. Oder Arash (Sarkawt) Ahmadi: ein Kurde, der am 22. Februar im Gefängnis von Dizel Abad in der Provinz Kermanshah hingerichtet wurde. Informierte Quellen berichteten Amnesty International, dass beide Männer nach ihrer Verhaftung von Verhörbeamten gefoltert und anderweitig misshandelt wurden, um sie zu "Geständnissen" zu zwingen. Ihre erzwungenen "Geständnisse" wurden in den staatlichen Medien ausgestrahlt. Dadurch versuchen die Behörden, die Ermordeten zu diffamieren und ihre Hinrichtung zu rechtfertigen. Außerdem wurde ihnen der Zugang zu einem Rechtsbeistand verweigert und sie wurden im Geheimen hingerichtet, ohne dass ihre Familien benachrichtigt wurden oder sie ein letztes Mal besuchen konnten.

Doch auch bereits vor den Verhaftungen und „Gerichtsverfahren“ sind Angehörige ethnischer Minderheiten überproportional häufig Opfer staatlicher Gewalt. So setzen Sicherheitskräfte verstärkt scharfe Munition ein, um Proteste in den Provinzen zu zerstreuen, in denen mehrheitlich Kurd*innen und Belutsch*innen leben. Mehr als die Hälfte der dokumentierten Tötungen entfallen auf diese beiden Gruppen, und Kinder aus der Minderheit der Belutsch*innen und Kurd*innen machen etwa 63 Prozent aller Kinder aus, die bei den aktuellen Protesten getötet wurden.

Die Ursache für diese Diskriminierung ist schnell gefunden: Ethnische Minderheiten, darunter arabische, aserbaidchanische, belutschische, kurdische und turkmenische Bevölkerungsgruppen, werden seit Jahrzehnten diskriminiert, was Bildung, Beschäftigung, angemessenen Wohnraum und die Übernahme politischer Ämter betrifft. Regionen, in denen ethnische Minderheiten leben, wurden/werden bei der Verteilung staatliche Mittel benachteiligt, was die Armut und Ausgrenzung der dortigen Bevölkerung noch verstärkt. Dagegen wehren sich die betroffenen Menschen und es kommt im Laufe der Jahrzehnte immer wieder zu Protesten. So wurden die kurdischen Gebiete und die Region Belutschistan im Südosten, wo viel Armut herrscht und die Mehrheit der Bevölkerung der sunnitischen Minderheit angehört, zu Zentren des Aufstands – und in weiterer Folge zum bevorzugten Ziel staatlicher Gewalt.

SICHERHEITSKRÄFTE FOLTERN INHAFTIERTE KINDER MIT AUSPEITSCHUNGEN, ELEKTROSCHOCKS UND SEXUALISIERTER GEWALT

Kinder, die auf Demonstrationen erschossen werden, Kinder die gefangen genommen, gefoltert, vergewaltigt, zu falschen Geständnissen gezwungen werden. Das alles von staatlichen Behörden. Ein Alptraum? Unvorstellbar? Ja! Ja! Aber trotzdem grausame Wirklichkeit im Iran. Jetzt. Heute.

Seit Beginn der Ermittlungen von Amnesty International zur brutalen Niederschlagung der Proteste durch die iranischen Behörden konnten die Fälle von sieben Kindern (der Großteil 12-jährig) detailliert dokumentiert werden – betroffen sind allerdings leider weit mehr, Schätzungen gehen von tausenden Opfern aus. Amnesty International erhielt Zeug*innenaussagen von den Opfern und ihren Familien sowie weitere Aussagen von 19 Augenzeug*innen, darunter zwei Anwält*innen und 17 erwachsenen Häftlingen, die zusammen mit Kindern inhaftiert waren, über die weit verbreiteten Folterungen an zahlreichen Kindern. Die befragten Opfer und Augenzeug*innen stammten aus Provinzen im ganzen Iran.

Agent*innen in Zivil entführten Kinder während oder im Anschluss an Proteste von der Straße, brachten sie an inoffizielle Orte wie Lagerhäuser, wo sie sie folterten und versuchten, sie zu erzwungenen Geständnissen zu zwingen. Danach wurden die Kinder entweder an unbekanntem Orten wieder ausgesetzt, oder wie Erwachsene – oft mit verbundenen Augen – in inoffizielle Haftanstalten gebracht. Nach tage- oder wochenlanger Isolationshaft wurden sie in anerkannte Gefängnisse verlegt. Viele Kinder wurden entgegen internationalen Standards zusammen mit Erwachsenen inhaftiert und waren denselben Foltermethoden und anderen Misshandlungen ausgesetzt. Ein ehemaliger erwachsener Häftling berichtete Amnesty International, dass mehrere Jungen gezwungen wurden, sich mit gespreizten Beinen in eine Reihe mit erwachsenen Häftlingen zu stellen, und Elektroschocks im Genitalbereich verabreicht bekamen.

Die meisten der in den letzten sechs Monaten verhafteten Kinder wurden offenbar wieder freigelassen – manchmal gegen Kautions-, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind oder ein Gerichtsverfahren eingeleitet wird. Viele wurden erst freigelassen, nachdem sie gezwungen wurden, „Reue“-Schreiben zu unterschreiben und zu versprechen, sich von „politischen Aktivitäten“ fernzuhalten und an regierungsfreundlichen Kundgebungen teilzunehmen. Bevor sie freigelassen wurden, drohten die Staatsbediensteten den Kindern häufig mit einer strafrechtlichen Verfolgung unter Androhung der Todesstrafe oder mit der Verhaftung ihrer Verwandten, falls sie sich beschweren würden.

Darüber hinaus konnte Amnesty International die Fälle von 44 Kindern, die am Beschuss mit scharfer Munition von Sicherheitskräften starben, als sie an Demonstrationen teilnahmen, dokumentieren.

„Diese Gewalt gegen Kinder offenbart eine gezielte Strategie, um den lebendigen Geist der Jugend des Landes zu unterdrücken und sie davon abzuhalten, Freiheit und Menschenrechte einzufordern“, sagte Diana Eltahawy, stellvertretende Regionaldirektorin von Amnesty International. Da junge Menschen und vor allem auch Kinder besonders zahlreich an Demonstrationen und Protesten für eine lebenswerte Zukunft teilnehmen, soll diese Altersgruppe durch gezielte Aktionen eingeschüchtert und von den Protesten ferngehalten werden.

IHR EINSATZ MACHT SINN

Oft werden wir gefragt, ob unsere Unterschriftenaktion wirklich Sinn machen. Der iranische Menschenrechtsaktivist *Siroos Mirzaei* sagt dazu folgendes:

„Viele Inhaftierte sind dankbar, dass sie aus der Anonymität geholt werden, dass die Welt ihr Anliegen kennt. Es ist aber auch Genugtuung für sie, dass die Menschen den wahren Grund ihrer Haft kennen.

Das hat manchmal auch eine Schutzwirkung. Das hilft oft mehr, als wir uns denken können! Ein Beispiel ist Dr. Ahmadreza Djalali (iranisch-schwedischer Wissenschaftler, Anm.). Er stand bereits mehrere Male kurz vor der Hinrichtung. Öffentlicher Druck konnte eine tatsächliche Vollstreckung jedoch bisher verhindern.“

AKTIONEN ZUM 1. MAI

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, an den Appellaktionen zum Iran teilzunehmen.

Jamshid Sharmahd zum Tode verurteilt



Dem Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd droht unmittelbar die Hinrichtung. Nach Beendigung seines unfairen Schauprozesses am 10. Januar 2023 ist

der Dissident wegen „Verdorbenheit auf Erden“ (efsade fel-arz) zum Tode verurteilt worden. Jamshid Sharmahd war im Juli 2020 von Angehörigen des iranischen Geheimdienstes aus dem Ausland entführt und gegen seinen Willen in den Iran gebracht und inhaftiert worden. Seitdem wird er gefoltert und anderweitig misshandelt, unter anderem durch lange Einzelhaft und Verweigerung einer angemessenen medizinischen Versorgung.

Fordere jetzt mit uns Jamshid Sharmahds unverzügliche Freilassung!

Protest darf nicht mit Tod bestraft werden

Am 8. Dezember 2022 richteten die iranischen Behörden den Protestteilnehmer Mohsen Shekari hin, am 12. Dezember 2022 wurde Majidreza Rahanvard öffentlich



exekutiert. Beide waren in grob unfairen Verfahren wegen „Feindschaft zu Gott“ zum Tode verurteilt worden. Am 7. Jänner 2023 wurden Mohammad Mehdi Karami und Seyed Mohammad Hosseini im Geheimen hingerichtet, nachdem ein Revolutionsgericht sie im Dezember in einem äußerst unfairen Scheinprozess zum Tode verurteilt hatte.

Die iranischen Behörden haben bereits viele weitere Personen zum Tode verurteilt ohne ein faires Gerichtsverfahren. Gut informierten Quellen zufolge wurden mehrere Angeklagte gefoltert und ihre durch Folter erlangten „Geständnisse“ als Beweise eingesetzt.

Angesichts der mehreren tausend Anklagen, die bisher erhoben wurden, ist zu befürchten, dass noch viele weitere Menschen von der Hinrichtung bedroht sind. Diese Sorge wird noch durch offizielle Forderungen nach der Beschleunigung von Prozessen und öffentlichen Hinrichtungen verstärkt.

Friedlicher Protest ist ein Menschenrecht. Er darf nicht mit dem Tod bestraft werden. Fordere jetzt, dass die Todesurteile aufgehoben und keine weiteren ausgesprochen werden!

Todesstrafe trifft zunehmend ethnische Minderheiten

Die iranischen Behörden haben seit Anfang des Jahres mindestens 14 Kurden, 13 Belutschen und ein Ahwazi nach grob unfairen Verfahren hingerichtet.



Mindestens ein Dutzend weitere Personen wurden zum Tode verurteilt. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen warnen vor einer erschreckenden Zunahme der Todesstrafe als Repressionsinstrument gegen ethnische Minderheiten.

Die vier jungen Belutschen Ebrahim Narouie, Kambiz Kharout, Mansour Dahmardeh und Shoeb Mir Baluchzehi Rigi sind im Zusammenhang mit Protesten in der Provinz Sistan und Belutschistan unmittelbar von der Hinrichtung bedroht. Sie wurden auf der Grundlage von unter Folter erzwungenen „Geständnissen“ in grob unfairen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt. Zwei weitere Angehörige der im Iran unterdrückten belutschischen Minderheit, Mansour Hout und Nezamoddin Hout, stehen ebenfalls im Zusammenhang mit den Protesten vor einer Neuverhandlung ihres Verfahrens. Auch sie könnten zum Tode verurteilt werden.

Setzt euch gegen die Todesstrafe im Iran ein!

Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi wird im Gefängnis gefoltert und anderweitig misshandelt

Am 16. November 2021 wurde die prominente iranische Menschenrechtsverteidigerin und Mitglied der Mediziner*innen-Gruppe von



Amnesty International Österreich Narges Mohammadi im Iran willkürlich und gewaltsam verhaftet. Unter anderem prangerte sie die Praxis der Einzelhaft in iranischen Gefängnissen öffentlich an und forderte Rechenschaft für Hunderte rechtswidriger Tötungen während der landesweiten Proteste im November 2019.

Narges Mohammadi befindet sich im Gharchak-Gefängnis in der Provinz Teheran. Sie wird dort von Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden auf Geheiß des Geheimdienstministeriums gefoltert und misshandelt. Man verweigert ihr eine angemessene Gesundheitsversorgung, um sie für ihre Menschenrechtsarbeit zu bestrafen.

Fordere jetzt mit uns Narges Mohammadis unverzügliche Freilassung!